



Pressemitteilung

Fraktionen von CDU und Grünen im Rat der Stadt Essen

Essen, 24.05.2023

Bundesinstitut für Fotografie: Gutachten stärkt Essener Position

Im Streit um den Standort für ein künftiges Bundesinstitut für Fotografie sehen die Fraktionen von CDU und Grünen die Position der Stadt Essen durch das vorliegende Rechtsgutachten gestärkt. Die Stadt soll nun auf die Landes- und Bundesebene sowie auf die Stadt Düsseldorf zugehen. Ziel ist es, im Sinne einer bestmöglichen Lösung, bereits bei der Konzeptentwicklung, Planung und Realisierung die in Essen vorhandene außerordentliche Fachkompetenz und Ressourcen neu zu bewerten und in die Umsetzung einfließen zu lassen. Am Ende könnte eine Lösung mit zwei Standorten stehen.

Hierzu **Fabian Schruppf MdL**, Vorsitzender der CDU-Fraktion: „Fotografie hat eine lange Tradition in Essen. Seit langem besteht der Wunsch, ein solches Bundesinstitut ins Leben zu rufen. Hierfür braucht es nicht nur eine möglichst breite Expertise, sondern auch ausreichend große und geeignete Flächen. Diese Voraussetzungen sind bekanntlich in Essen gegeben. Die nun vorliegende gutachterliche Stellungnahme hat zudem die erhebliche Kritik an der Entscheidung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags pro Düsseldorf bestätigt. Fest steht, wir brauchen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ein Bundesinstitut. Hierzu muss unsere Stadt mit im Boot sitzen.“

Stephan Neumann, Co-Vorsitzender der Fraktion der Grünen und Mitglied im Kulturausschuss: „Wir haben es nun schwarz auf weiß: Die Standortfrage des Bundesinstituts für Fotografie wurde auf fragwürdige Art und Weise entschieden. Zwei Gutachten haben bereits bestätigt, dass Essen als die renommierte Fotostadt im Ruhrgebiet mit der Expertise ihrer zahlreichen Foto-Institutionen sowie einem zur unmittelbaren Bebauung zur Verfügung stehenden Grundstück auf dem Gelände des Weltkulturerbes Zollverein optimale Voraussetzung bietet. Es gilt nun, die Fotografie in Deutschland nicht weiter zu beschädigen und auszuloten, wie die bestmöglichen Bedingungen für ein Bundesinstitut geschaffen werden können. Wir fordern daher eine Neubewertung der Standortfrage – im gemeinsamen Schulterschluss auf allen verantwortlichen Ebenen.“

Für Rückfragen: Fabian Schruppf (Mobil: 0172 4495667) bzw. Stephan Neumann (Mobil: 0172 1060531)